

Integration durch Stadtteilschule FE 19.11.05 Mischung ist wichtig

In der Nordweststadt werden die Empfehlungen des bundesweiten Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ umgesetzt

Das bundesweite Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung hat Empfehlungen erarbeitet, wie Migranten besser integriert werden können. In der Nordweststadt sollen sie jetzt getestet werden. Dort wird zuerst bei der Bildung angesetzt.

NORDWESTSTADT · Mit dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ will die Schader-Stiftung aus Darmstadt Integration fördern. Zunächst hat ein Expertengremium Empfehlungen erarbeitet. Daran wirkten der Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätten, Bernhard Spiller, und der Abteilungsleiter Wohnungsbau im Stadtplanungsamt, Dierk Hausmann, mit.

Jetzt werden die Empfehlungen in acht deutschen Städten getestet. Daran beteiligt sich auch Frankfurt mit der Nordweststadt. Für das Viertel habe man sich entschieden, weil es im Umbruch sei, erklärt die Leiterin des Amts für Wohnungswesen, Waltraud Meier-Sienel: „Viele Bewohner sind in den 60er Jahren eingezogen und dort alt geworden. In den nächsten Jahren werden deren Wohnungen frei.“

Meier-Sienel rechnet damit, dass dann vor allem ausländische Familien in die familiengerechten Wohnungen einziehen werden. Genaue Zahlen, wie viele Zuwanderer schon jetzt in der Nordweststadt leben, gibt es aber nicht. Das liege daran, dass das Viertel sowohl zu Niederursel als auch zu Heddernheim gehöre. Nur für die jeweiligen Stadtteile werden Statistiken erstellt.

Schüler sollen von der ersten bis zur letzten Klasse bleiben

Um die Empfehlungen der Schader-Stiftung umzusetzen, wurde im Oktober ein Beirat gegründet. „Bei unserer ersten Sitzung waren wir uns einig, dass Bildung der zentrale Punkt zur Integration ist“, sagt Meier-Sienel. Daher soll eine der Schulen in der Nordweststadt eine Stadtteilschule werden. Die Schüler sollen sie von der ersten bis zur letzten Klasse besuchen können. Hier sollen auch Angebote in der Erwachsenenbildung gemacht werden. Zum Beispiel könnten die Eltern an der Schule Deutsch lernen. So soll die Hemmschwelle vor Bildungseinrichtungen abgebaut werden. „Es ist ja keine neue Erkenntnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund viel öfter die Schule ohne Abschluss verlassen“, erklärt Meier-Sienel die Gründe für die Entscheidung, hier anzusetzen.



BILD: GEORG KUMPFÖLLER

In der Nordweststadt leben viele Migranten. Hier will die Stadt versuchen, die Integration zu verbessern.

Ein weiterer Punkt, um den man sich in der Nordweststadt demnächst kümmern wolle, sei das mangelnde Raumangebot. In Befragungen habe man fest gestellt, sagt Meier-Sienel, dass Räume fehlen, in denen sich Jugendliche oder Bürger treffen können oder in denen man Sprachkurse anbieten kann. Eine weitere Empfehlung der Schader-Stiftung ist es, die Migrantenökonomie – wie zum Beispiel kleine Lebensmittelmärkte – zu stärken. Die Läden der Zuwanderer sollen von der Wirtschaftsförderung unterstützt werden.

In der Nordweststadt könnte so auch ein anderes Problem behoben werden. Als die Siedlung in den 60er Jahren geplant wurde, wurden Gewerbe- und Wohngebiete strikt voneinander getrennt. Dies wird heute von vielen kritisiert.

Gerade die älteren Menschen würden sich mehr Läden in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft wünschen. Den mitunter langen Fußweg ins Nordwestzentrum könnten sie sich so sparen.

Frank Juncker, der Chef der ABG Frankfurt-Holding, hält diese Empfehlung in der

Nordweststadt für unrealistisch: „Das Angebot im Nordwestzentrum, das relativ schnell zu erreichen ist, stellt eine zu große Konkurrenz dar. Wer einen Laden betreibt, braucht auch bestimmte Umsatzgrößen, um seine Kosten wie Miete, Steuern und Versicherungen zu bezahlen.“ Auch Meier-Sienel sieht in der Nordweststadt kaum Möglichkeiten, diese Empfehlung des Expertengremiums umzusetzen. Auch sie hält die Konkurrenz des Nordwestzentrums für zu groß.

ANDREAS KRAFT

Siehe Hintergrund

Problem Wohnungsvergabe

VON ANDREAS KRAFT

Der Chef der ABG-Frankfurt Holding, Frank Juncker, kritisiert die Grundannahme des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“. Das Expertengremium, das die Empfehlungen für das Projekt erarbeitet hat, geht davon aus, dass es langfristig nicht zu verhindern sei, dass sich Viertel bilden, in denen hauptsächlich Ausländer leben. Die in den vergangenen Jahrzehnten praktizierte Mischung reiche für eine erfolgreiche Integration nicht aus. Zudem hätten die Kommunen darauf immer weniger Einfluss. Der Hauptgrund dafür sei, dass die Städte immer weniger Belegungsrechte für öffentlich geförderte Wohnungen haben. Die Stadt Frankfurt konnte 1990 noch rund 22 Prozent aller Frankfurter Wohnungen an sozial Schwache vergeben. 2003 waren es nur noch 10 Prozent.

Wohnungs-Holding will am Frankfurter Vertrag festhalten.

Juncker will weiter am Frankfurter Vertrag von 1974 festhalten, der die Mischung der Bevölkerung in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, wie zum Beispiel der Nordweststadt oder dem Bügel, festschreibt. In Frankfurt werde es dann auch zukünftig keine Viertel geben, in denen hauptsächlich Ausländer leben.

Der Frankfurter Vertrag wurde in den letzten Jahren aber aufgeweicht. Er orientiert sich an der Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung. Danach vergibt die Stadt etwa 30 Prozent der Wohnungen an Ausländer. Das Gros ist für Deutsche reserviert. Seit 1994 werden Paare, bei denen einer die deutsche Staatsangehörigkeit hat, als Deutsche geführt. Auch wer seit 15 Jahren ununterbrochen in Deutschland lebt, gilt nicht als Ausländer. Dadurch sinke der Ausländeranteil im Verhältnis zur Gesamtzahl der registrierten Haushalte auf rund 32 Prozent, heißt es im Bericht der Kommunalen Wohnraumversorgung für das Jahr 2003. Der tatsächliche Anteil von nichtdeutschen Haushalten sei höher.